

3. Vornahme der Wahlen

- a) zum Preußischen Staatsrat und
- b) zum Provinzialausschuß.

Ferner die Anträge, die ich eben mitgeteilt habe, und endlich die Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der etwa eingegangenen Anträge.

Wird das Wort noch weiter gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß Sie mit diesem Vorschlage für die morgige Tagesordnung einverstanden sind. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 18 Uhr 35 Minuten.)

Zweite Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Dienstag, den 21. Januar 1930.

(Beginn 14 Uhr 15 Minuten.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des Wahlprüfungsausschusses
 - a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Einspruch des Mädchenschuldirektors i. R. Herrmann, Vorsitzenden der Volkrechtspartei, in Düsseldorf vom 9. Januar 1930 gegen die Gültigkeit des Wahlergebnisses der Provinziallandtagswahl vom 17. November 1929,
 - b) auf Gültigkeitserklärung der Feststellung eines Ersatzmannes für den ausgeschiedenen Provinziallandtags-Abgeordneten Lange.
3. Vornahme der Wahlen
 - a) zum Preußischen Staatsrat und
 - b) zum Provinzialausschuß.

In Verbindung hiermit zu laufende Nr. 3b: Antrag der SPD-Fraktion, betreffend Schaffung klarer geschlechtlicher Bestimmungen zur Wahl des Provinzialausschusses.
4. Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu dem Antrag des Abgeordneten Haas, betreffend Zutritt des Geschäftsordnungsausschusses nach Schluß der jetzigen Tagung zwecks Beratung über eine Neufassung der Geschäftsordnung.
5. Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Leh, Haake und Genossen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betreffend Aenderung des § 9 der Geschäftsordnung für den Provinziallandtag.
6. Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betreffend Erweiterung der Provinzialkommissionen.
7. Antrag der Zentrumsfraktion, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der ungewöhnlich großen Arbeitslosigkeit.

8. Antrag der SPD-Fraktion, betreffend Förderung des Kleinwohnungsbaues.

9. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Anträge.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die gestrige Vollsitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind zunächst die Herren Haack und Könzgen, nachher die Herren Könzgen und Andres.

Punkt 1: Eingänge.

Es sind soeben bei Beginn der Sitzung drei Anträge der kommunistischen Fraktion eingegangen, die nicht haben vervielfältigt werden können.

Der erste Antrag lautet:

„Zur Verminderung der großen Erwerbslosigkeit in der Rheinprovinz sind sofort Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen, die den Ausbau des schlechten Straßen- und Wegenetzes in der Eifel, im Hunsrück, im Westerwald und im Oberbergischen zum Ziel haben.“

Zur Finanzierung dieser dringlichen Notstandsarbeiten bewilligt der Provinziallandtag vorläufig die Summe von 5 Millionen, mit der Maßgabe, daß die Arbeiter zum Tariflohn des geltenden Bauarbeitertarifs entlohnt werden.“

Der zweite Antrag der kommunistischen Fraktion betrifft die Erhöhung der Mitgliederzahl der Ausschüsse. Die kommunistische Fraktion beantragt, die Zahl der Mitglieder auf 21 zu erhöhen.

Der dritte Antrag der kommunistischen Fraktion lautet:

„Der Provinziallandtag fordert von der Staatsregierung die Abschaffung der Hauszinssteuer und Senkung der Mieten um diesen Betrag. Solange die Hauszinssteuer jedoch erhoben wird, ist sie restlos“

für den kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.“

Die Anträge sind, wie gesagt, soeben erst eingegangen. Nach der Geschäftsordnung sind sie zunächst dem Provinzialausschuß zu überweisen. Zu dem Antrag 1 ist auch der Sachausschuß zu hören, weil er eine finanzielle Belastung außerhalb des Etats bedeutet.

Wir kommen zu

Punkt 2: Antrag des Wahlprüfungsausschusses

- a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Einspruch des Mädchenschuldirektors i. R. Herrmann, Vorsitzenden der Volkspartei, in Düsseldorf vom 9. Januar 1930 gegen die Gültigkeit des Wahlergebnisses der Provinziallandtagswahl vom 17. November 1929,
- b) auf Gültigkeitserklärung der Feststellung eines Ersahmannes für den ausgeschiedenen Provinziallandtagsabgeordneten Lange.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Rosenhausen, dem ich das Wort erteile.

Abgeordneter Dr. Rosenhausen: Meine Damen und Herren! Der Wahlprüfungsausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der durch § 6 der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Vorprüfung der Wahlen zum Provinziallandtag befaßt, über deren Gültigkeit heute das hohe Haus zu beschließen hat.

Abgesehen von einem verspätet eingereichten, materiell aber auch durchaus unbegründeten Einspruch eines Fräulein Ulstein, lag, fristgerecht eingereicht, nur der Einspruch des hiesigen Vorsitzenden der Volkspartei, Mädchenschuldirektor Herrmann, vor, in welchem gegen die Nichtberücksichtigung von insgesamt 34 227 Stimmen, die auf die genannte Partei in der Rheinprovinz entfielen, Verwahrung eingelegt wurde. Aus der Begründung geht ganz klar hervor, daß der Beschwerdeführer nicht etwa Verstöße gegen das Wahlgesez oder fehlerhafte Feststellungen des Provinzialausschusses rügen will, sondern daß er die Rechtsgültigkeit des preußischen Wahlgesezes vom 7. Oktober 1925 in Zweifel zieht, weil dessen § 13 Absatz 3 gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung — gemeint ist der Artikel 17 der Reichsverfassung — verstoße, und zwar insofern, als die in der Reichsverfassung vorgeschriebene gleiche Behandlung der Wähler durch die erwähnte Bestimmung des § 13 Absatz 3 des preußischen Gesezes verlegt sei. Diese Bestimmung besagt nämlich, daß bei der Verteilung der Abgeordneten-Mandate nur solche Gruppen zu berücksichtigen sind, die entweder in einem Wahlbezirk mindestens die Verteilungszahl oder in der ganzen Provinz mindestens die doppelte Verteilungszahl erhalten haben. Die Entscheidung über die Rechtungültigkeit oder Rechtsgültigkeit dieser

Bestimmung hängt allein von der Frage ab, ob in ihr eine ungleiche Behandlung der Wähler zu erblicken ist oder nicht, oder anders ausgedrückt, ob die in ihr liegenden einschränkenden Voraussetzungen für die Zuteilung von Abgeordneten-Mandaten mit dem Sinne und dem Geiste des Artikels 17 der Reichsverfassung in Widerspruch stehen. Im Prinzip, meine Damen und Herren, also die gleiche Frage, mit der sich bereits der Staatsgerichtshof bei der Prüfung der Gültigkeit der Landtagswahlen in Württemberg befaßt hat und mit der er zur Zeit wieder befaßt ist bei der Prüfung der Gültigkeit der Preußenwahl vom 20. Mai 1928.

Der Wahlprüfungsausschuß teilt durchaus die Ansicht des Provinzialausschusses, und zwar einstimmig, daß es unmöglich seine und auch des Provinziallandtags Aufgabe sein kann, diese schwierige Rechtsfrage, die zur Kompetenz des Staatsgerichtshofes gehört, hier lösen zu wollen. Er ist vielmehr der Auffassung, daß sich die hiesige Prüfung lediglich darauf zu erstrecken hat, ob bei der Wahl oder bei der Feststellung des Wahlergebnisses positive Verstöße gegen das vorhandene Wahlgesez vorgekommen sind oder nicht. Wollte man anderer Auffassung sein, so wäre die sofortige Folge die, daß bei den verschiedenen Provinziallandtagen in dieser Frage divergierende Entscheidungen gefällt werden könnten, und damit würde eine Rechtsunsicherheit erzeugt werden, die wirklich nicht im Staatsinteresse liegt. Verstöße der angegebenen Art hat aber der Ausschuß bei der Vorprüfung nicht festzustellen vermocht. Er bittet Sie daher zunächst, den Antrag des Provinzialausschusses zu a) unverändert anzunehmen.

Der Wahlprüfungsausschuß hat sich weiterhin noch mit der Feststellung des Provinzialausschusses befaßt, daß an die Stelle des ausgeschiedenen Provinziallandtags-Abgeordneten Redakteur Albert Lange in Warmen-Elsfeld der Metallbrüder Richard Beck in Düsseldorf-Holthausen, Marienstraße 34, als Provinziallandtags-Abgeordneter zu treten hat. Hier empfiehlt Ihnen der Wahlprüfungsausschuß, die Feststellung des Provinzialausschusses für gültig zu erklären.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben die Anträge des Herrn Berichterstatters gehört. Das Wort wird dazu nicht gewünscht. Ich darf feststellen, daß so beschlossen ist.

Zu Punkt 1 hat Herr Abgeordneter Dunder noch das Wort zur Geschäftsordnung erbeten. Ich habe das vorhin nicht bemerkt und erteile ihm jetzt das Wort.

Abgeordneter Dunder: Der Vorsitzende hat vorhin die Anträge der kommunistischen Fraktion vorgelesen. Wir hätten diese Anträge nicht erst heute eingereicht, sondern bereits gestern, wenn nicht das eingetretene wäre, was entgegen den Ausführungen der Vertreter des Zentrums im Ältestenrat und im Provinzialausschuß sich ereignet hat. Es wurde gestern erklärt, daß der jetzige Landtag sich nicht mit materiellen

Fragen befaßt wolle. Es ist deshalb auch davon Abstand genommen worden, die Sachausschüsse zu bilden. Wir stellen jetzt fest, daß das Zentrum, die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten Anträge bzw. Entschlüsse eingebracht haben. Die kommunistische Fraktion hat deshalb Ergänzungs- bzw. Abänderungsanträge gestellt. Der Vorsitzende sagt, diese Anträge müßten zunächst dem Provinzialausschuß überwiesen werden. Ich stelle fest, daß der § 12 unserer Geschäftsordnung besagt: „Abänderungsanträge und Anträge auf Annahme einer Entschlußung im Anschluß an die Verhandlungen über einen bestimmten Gegenstand können bis zum Schluß der Verhandlung über die Besprechung des Gegenstandes gestellt werden, auf den sie sich beziehen. Sie müssen schriftlich eingereicht werden.“ (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir haben also dem § 12 der Geschäftsordnung Genüge getan und beantragen, die Anträge der kommunistischen Fraktion zu verbinden, und zwar den Antrag über die Ausschüsse mit dem Antrag Haake, Dr. Ley und Genossen (Drucksache 7), den Antrag über die Erwerbslosigkeit mit der Entschlußung der Zentrumsfraktion (Drucksache 9), und den Antrag über die Hauszinssteuer mit dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (Drucksache 10). Wir bitten, unsere Anträge mit diesen Punkten gemeinsam zu beraten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Dinge alsbald nach der Vorannahme der Wahlen zu entscheiden. Die Wahlen zum Staatsrat sind auf 14 Uhr anberaumt. Dieser Zeitpunkt ist schon vorbei, wir müssen die Frist aber einhalten. Wir würden dann den Punkt 9 der Tagesordnung: Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Anträge vorwegnehmen. Das ist ja nach § 16 Absatz 3 der Geschäftsordnung möglich, wenn nach Ablauf einer Stunde Wortmeldungen hierzu nicht vorliegen. Ich halte es aber für praktisch, über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung überhaupt nachher in einem abzustimmen. Ich bitte also, zunächst die Wahlen vorzunehmen, damit die Zeit eingehalten wird. — Damit sind Sie einverstanden.

Meine Damen und Herren! Es ist zur Wahl für den Preussischen Staatsrat und den Provinzialausschuß eingeladen worden. In Verbindung mit der Wahl zum Provinzialausschuß soll der Antrag der SPD-Fraktion, betr. Schaffung klarer gesetzlicher Bestimmungen zur Wahl des Provinzialausschusses, erledigt werden.

Meine Damen und Herren! Damit das Verfahren möglichst praktisch und glatt sich abwickelt, schlage ich vor, wie folgt zu verfahren: Wir nehmen zunächst die Wahlen zum Staatsrat vor, im Anschluß daran die Wahl des Vorsitzenden des Provinzialausschusses, dann die Wahlen zum Provinzialausschuß und, wenn das Wahlergebnis feststeht, die Wahl des stellvertretenden

Vorsitzenden des Provinzialausschusses aus den 13 gewählten Mitgliedern. Ich würde dann für die beiden Wahlen denselben Wahlvorstand bilden und das Ergebnis der Staatsratswahlen gleichzeitig mit dem Ergebnis der Wahlen zum Provinzialausschuß feststellen. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Eberle, würde mich dann mit anderen Beisitzern hier vertreten. Der Wahlvorstand würde sich zwischenzeitlich zurückziehen, und es bräuchte eine Unterbrechung der Sitzung nicht zu erfolgen. Wir könnten Ihnen das Ergebnis der Wahlen gesammelt mitteilen. Sind Sie mit diesem Vorschlage einverstanden? (Zustimmung.) Dann bestimme ich auf Grund der beiden Wahlgeseze als Mitglieder des Wahlvorstandes die Herren Abgeordneten Haack und Elses.

Wir kommen zunächst zu den Wahlen zum Staatsrate.

Diese Wahlen sind auf Grund des Gesetzes vom 16. Dezember 1920 vorzunehmen. Der Herr Oberpräsident hat als Vertreter der Staatsregierung zu diesen Wahlen für heute 14 Uhr eingeladen. Die Einladung ist auch jedem Mitglied persönlich zugegangen. Die Fristen sind nach dem Gesetze gewahrt, auch die nötige Bekanntmachung ist erfolgt. Es sind 15 Mitglieder zum Staatsrat und 15 Stellvertreter aus der Rheinprovinz zu wählen.

Für diese Wahlen sind vier Wahlvorschläge eingegangen, und zwar ein Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen Dr. Adenauer, ein zweiter Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen Eberle, ein dritter Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen Bender, und ein vierter Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen Simon. Der Wahlvorstand hat soeben die Wahlvorschläge und die Unterlagen zu diesen Wahlvorschlägen geprüft. Er hat alle vier Vorschläge für fristgerecht und formgemäß eingegangen erachtet, auch die Wählbarkeit der Persönlichkeiten festgestellt, jedenfalls Einwendungen dagegen nicht erhoben. Die sonstigen Unterlagen, namentlich Annahmeerklärungen, sind auch vorhanden, ebenso die nötige Zahl von Unterschriften. Auf Grund dieser Feststellung läßt der Wahlvorstand die sämtlichen vier Wahlvorschläge zu.

Es erfolgt nunmehr die Wahl. Ich bestimme aus dem Wahlvorstande zum Schriftführer den Herrn Abgeordneten Elses und bitte den Herrn Abgeordneten Haack, die einzelnen Abgeordneten aufzurufen, und zwar nach dem Alphabet. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Wie erfolgt die Wahl?)

Die Wahl ist mit verdeckten Stimmzetteln vorzunehmen. Die Vorschriften sind etwas anders wie bei den Wahlen zum Provinzialausschuß. Während beim Provinzialausschuß die Stimmzettel in einem gestempelten Umschlage dem Vorsitzenden zu übergeben sind, der sie in die Wahlurne zu legen hat, ist beim Staatsrat ein Umschlag nicht vorgegeben. Es hat vielmehr die Abgabe der Stimmzettel gefaltet zu erfolgen, und der

Abgeordnete selbst hat den Stimmzettel in die Wahlurne zu tun.

Damit die Uebersichtlichkeit und der regelmäßige und korrekte Wahlgang nicht gestört wird, bitte ich die Damen und Herren des Hauses, von rechts heranzutreten, und zwar nach Aufruf des Herrn Abgeordneten Hauck, der die Namen langsam verlesen wird. Die Damen und Herren werden gebeten, dann ihre gefalteten Stimmzettel ohne Umschlag hier in die Urne zu tun.

Zur Bequemlichkeit und zur Abkürzung des Wahlverfahrens haben wir Stimmzettel drucken lassen, die die sämtlichen Wahlvorschläge enthalten, und zwar getrennt für die Wahlen zum Provinzialausschuß und die Wahlen zum Staatsrat. Es ist kein Zwang, diese Stimmzettel zu benutzen. Wer andere benutzen will, kann selbstverständlich auch ein weißes Blatt benutzen. Wir haben es nur der Abkürzung halber für richtig gehalten. Ich bitte denjenigen Wahlvorschlag, dem Sie Ihre Stimme geben wollen, in dem links neben dem Namen stehenden Viereck mit einem Kreuz zu versehen. Auf die Ähnlichkeit mache ich aufmerksam und bitte, Staatsrat und Provinzialausschuß nicht zu verwechseln. Wir kommen zunächst zu der Wahl zum Staatsrat, da sind vier Wahlvorschläge, bei der Wahl zum Provinzialausschuß nur drei Wahlvorschläge.

Meine Damen und Herren! Nach dem Wahlgesehe sind ungültig Stimmzettel:

1. die mit einem Kennzeichen versehen sind,
2. die keinen Namen oder keine Angabe enthalten, aus der die Bezeichnung des Wahlvorschlags oder die Person mindestens eines Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist,
3. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt enthalten,
4. die die Bezeichnung verschiedener Wahlvorschläge oder Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten,
5. die ausschließlich auf Personen lauten, die in den zugelassenen Wahlvorschlägen nicht aufgeführt sind.

Wir kommen nunmehr zur Wahl für den Staatsrat. Es ist der Stimmzettel mit den vier Vorschlägen, kein Umschlag! Die Damen und Herren haben den Stimmzettel selbst in die Urne zu legen.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Hauck, die Namen der Abgeordneten langsam zu verlesen.

Abgeordneter Hauck vollzieht den Namensaufruf. (Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Sind noch Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird Ihnen nachher mitgeteilt werden.

Gemäß Verabredung kommen wir jetzt zur Wahl des Vorsitzenden des Provinzialaus-

schusses. Die Wahl kann durch Zuzuf erfolgen, falls kein Widerspruch sich erhebt. Werden Vorschläge gemacht?

Abgeordneter Dr. Münnig: Ich schlage Herrn Oberbürgermeister Dr. Udenauer vor.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Ich beantrage, die Wahl durch Zuzuf vorzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Zimmer.

Abgeordneter Zimmer (Köln): Die kommunistische Fraktion des Provinziallandtages hat zur Wahl des Provinzialausschusses einiges zu sagen.

Zuerst machen wir darauf aufmerksam, daß die Sozialdemokratische Partei in der „Volkszeitung“, der „Freien Presse“ von Düsseldorf, am Montag, dem 20. Januar, folgende Notiz gebracht hat:

„Besonderes Heil ist dem rheinischen Zentrum von der Ministerialbürokratie widerfahren. Als das Zentrum mit nur 64 Mandaten aus der Wahlschlacht heimkehrte, da galt es als feststehend, daß auch seine Mehrheit im Provinzialausschuß gebrochen war, denn diese 64 von 163 Abgeordneten konnten selbst unter Berücksichtigung aller möglichen Kombinationen nur 6 von 14 Ausschußmandaten erringen. Nun hat aber das preussische Innenministerium angeordnet, daß der Vorsitzende des Ausschusses in einem besonderen Wahlgang mit Mehrheit zu wählen ist und erst hinterher die 13 anderen Mitglieder nach der Proporz. Dadurch bekommt mit hoher Wahrscheinlichkeit das Zentrum den Vorsitzenden und 6 weitere Mandate und hat dann wieder mit dem zu ihm gehörigen Landeshauptmann im Provinzialausschuß 8 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern. 64 Zentrumsabgeordnete haben also mehr Einfluß auf den Ausschuß als die übrigen 99 Abgeordneten aller anderen Parteien.“

Dagegen wird die Sozialdemokratie bei den heutigen Verhandlungen im Ausschuß noch einmal mit aller Entschiedenheit protestieren, und sie wird auch Wege finden, um eine solche Umgehung des Willens der Wählerschaft in Zukunft zu verhindern.“ (Zuzuf eines kommunistischen Abgeordneten: Der Artikel war bloß für die Wähler geschrieben!)

Ich glaube, daß der Innenminister, der Ressortminister, der sozialdemokratische Minister Grzesinski ist. (Zuzuf des Abgeordneten Gerlach: Sie merken auch alles! Heiterkeit.) Genau so hat gestern bereits der Abgeordnete Haas, der Vorsitzende der sozialfaschistischen Fraktion hier im Landtag, Herrn Jarres angedeutet, wie man am besten in diesem Provinziallandtag die kommunistische Fraktion mundtot machen kann, indem er den Vorschlag machte, in der nächsten Zeit schon die betreffende Kommission tagen zu lassen, um hier ähnliche Methoden einzuführen, wie sie im sozialfaschistischen Reichstag und Landtag unter dem Vorsitz von Löbe usw. durchgeführt werden. Ich

glaube, daß Ihr hier keine Veranlassung nehmen werdet, gegen diese Machination zu protestieren.

Ebenso muß ich darauf hinweisen, daß gestern die Vertreter der Wirtschaftspartei gegen Jarres als Vorsitzenden gestimmt oder sich der Stimme enthalten haben. Aber heute sehen wir in der Presse, daß sie sich über Nacht, vielleicht nach dem Bierabend im Rausch, in die Arme gefallen sind (Seiterkeit) und sich dahin geeinigt haben, der kommunistischen Fraktion auch das zweite Mandat im Provinzialauschuß streitig zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Das sind die Wirtschaftsfaschisten!)

Nun zu der Wahl des Vorsitzenden. Hier ist von der Zentrumsparlei vorgeschlagen worden, daß Herr Dr. Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, als Vorsitzender des Provinzialauschusses fungieren soll. Die kommunistische Fraktion ist ganz entschieden gegen diesen Vorschlag. Adenauer ist in Köln bekannt. (Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Sehr richtig! Seiterkeit.) Es gibt in Köln sehr viele Menschen, die, wenn man da so von Adenauer spricht, sich bekreuzigen und nach Hause gehen. (Seiterkeit.) Adenauer ist der typischste Vertreter der von der Schwerindustrie, den Großjunkern und der Hochfinanz geführten berühmten rheinischen Zentrumsparlei. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Dr. Hagen!) Seine Tätigkeit als Kölner Oberbürgermeister richtete sich in allen Fragen, die im Kölner Stadtparlament zur Diskussion standen, gegen die Kölner werktätige Bevölkerung. (Abgeordnete Fräulein Otto: Sehr richtig!) Auf der anderen Seite verschafft er durch seine Politik, durch seine große angelegte Messe, durch seinen Grüngürtel und all diese schönen Sachen, wobei er in Köln Hunderte von Millionen verpulvert (Zuruf des Abgeordneten Dr. Adenauer: Sind Sie aus Köln?), den Großkapitalisten Möglichkeiten, sich an der werktätigen Bevölkerung zu bereichern. Die Art seiner Geschäftsführung im Kölner Stadtparlament beweist, daß er sich voll und ganz als Vertreter der deutschen Bourgeoisie aufspielt. Die hungernden Erwerbslosen, und deren soll es in Köln sehr viele geben, die eigentlich auch einmal eingeladen werden müßten, an den vielen Freß- und Saufgelagen, die unter Adenauer in Köln stattfinden, teilzunehmen, werden unter der Aera Adenauer vom Zentrum und seinen sozialdemokratischen Freunden, die genau so eng verbunden sind wie hier unser Konrad und unser August, die beiden lustigen Kölner (Seiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Haas: Das hast Du gut gemacht! Zuruf des Abgeordneten Haake: Seit wann duzt Ihr Euch denn?), — Paß auf, daß Dir der Kopf nicht durchs Maul fällt! — einfach beiseite geschoben. Die Anträge der Erwerbslosen wurden in Köln rücksichtslos niedergestimmt. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion, der diese Anträge angesichts der ungeheuren Not, die in Köln für Zehntausende von Familien herrscht, begründete, wurde mit

Gewalt aus dem Parlament hinausgeworfen. An und für sich ist Köln ja nicht arm, und Adenauer weiß das sehr gut. Er steckt ja jährlich 120 000 RM Salär in die Tasche. (Ironischer Zuruf des Abgeordneten Dr. Adenauer: Mehr!) Ich glaube, wenn man so 120 000 RM Jahresbezüge hat und nebenbei noch so allerhand andere Sachen wie freie Beköstigung bei allen möglichen Festessen (Seiterkeit), dann kann man sehr gut von der Sparsamkeit der Bevölkerung reden; dann kann man auch sehr gut davon reden, daß die Erwerblosen für Weihnachten nichts notwendig haben. Einige Vaterunser gebetet, und der Magen beruhigt sich wieder bei diesen hungernden Erwerblosen. (Pfeife im Zentrum.) Adenauer ist der typische Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft, die wir bekanntlich mehr hassen als alles andere. Er schreckt vor keiner brutalen Maßnahme zurück, um die Stimme der werktätigen Bevölkerung überall dort, wo er als Vorsitzender fungiert, zu unterdrücken und zu ignorieren. Ihm ist es schon lange leid, daß in Deutschland nicht schon längst eine so frisch-fröhliche faschistische Diktatur herrscht, wie es unter Mussolini in Italien der Fall ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: So siehst Du aus! Lachen bei den Nationalsozialisten.) Ihr könnt Euch einmal mit ihm über die Methoden ins Benehmen setzen, die Ihr anwenden wollt, wenn dieser Mann einmal seine Prinzipien in Deutschland durchbekommt.

Aus all diesen Gründen lehnen wir es ab, daß Adenauer Vorsitzender wird. Wir schlagen deshalb den Abgeordneten Dunder von unserer Fraktion vor. (Klatschen bei den Kommunisten. Ironisches Bravo! rechts.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Es sind zwei Vorschläge gemacht: Dr. Adenauer und Dunder. Die Wahl kann also nicht durch Zuruf erfolgen. Sie erfolgt durch Stimmzettel. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Hauck, wieder die Namen aufzurufen.

Abgeordneter Hauck vollzieht den Namensaufruf. (Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Sind noch Stimmzettel abzugeben. Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Wahl der 13 Mitglieder des Provinzialauschusses. Dafür sind die Stimmzettel mit den drei Wahlvorschlägen benutzbar. In dem linksstehenden Bierdeckel ist anzuzeigen, welcher Wahlvorschlag die Zustimmung erhalten soll.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Ley. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Levi Ley!)

Abgeordneter Dr. Ley: Es gibt ja auch einen Pfarrer Ley hier, dann müßte der ja auch Levi heißen. Fragen Sie einmal das Zentrum.

Meine Damen und Herren! Wir von der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (Zuruf des Ab-

geordneten Dunder: Ach was, Arbeiterpartei!) haben, trotzdem wir Fraktionsstärke erhalten haben, laut Geschäftsordnung keinen einzigen Wahlvorschlag einreichen können. Wir sehen hieran, daß die Demokratie doch nicht so gehandhabt wird, wie es die Gesetzgeber unbedingt haben wollen. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Wenn ich bedenke, daß die Demokratie der Inhalt dieses Staates und des ganzen Systems ist, dann bin ich der Meinung, wenn die Gewalt vom Volke ausgeht, dann müssen auch unbedingt alle Wähler, wenn sie sich zu einer Macht zusammengeballt haben, wie es heute unsere Partei getan hat, berücksichtigt werden. (Lachen bei den Kommunisten.) Meine Herren von der Kommunistischen Partei, daß Sie darüber sehr erboßt sind, das glaube ich. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Nachdem Sie im Rheinlande nicht weniger als 40 000 Stimmen bei der Gemeinderatswahl haben einbüßen müssen (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten), kann ich das verstehen. Euer mostowitischer Vormarsch gestaltet sich zu einem sehr derben Rückmarsch. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wir werden zur Lawine werden!)

Meine Damen und Herren! Wir sehen klar ein, daß hier die Demokratie vergewaltigt wird, und wir, trotzdem wir Antiparlamentarier sind, stellen auch in diesem Parlament wiederum fest, daß wir letzten Endes die besten Hüter des Parlaments sind. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten. Lachen bei den übrigen Parteien.) Wir übernehmen hier eine Funktion, die doch vor allen Dingen die Demokratische Partei, die SPD. und auch das Zentrum übernehmen müßten. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Wenn man sieht (Fronischer Zuruf: Lauter!), wie zwecks Kuhhandels, um irgendeinen Posten in den Kommissionen und in diesem ganzen System herauszuholen, Wahlgemeinschaften geschlossen werden (Zuruf links: Sie sind der typische Lautschreier!), wenn man sieht, daß sich das Zentrum mit dem Evangelischen Volksbund zusammenschließt (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten), wenn man sieht, wie Sie, die Deutschnationalen, sich mit der Demokratie zusammenschließen, und dabei bedenkt, daß noch vor kurzem die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ den Führer der Deutschnationalen, Herrn Eugen Berg, einen Charlatan, einen Idioten, einen Verbrecher nannten, und wenn man sieht, wie diese Herren von der Deutschnationalen Partei mit den Parteigängern der „Frankfurter Zeitung“ und des „Berliner Tageblattes“ Seite an Seite sitzen, dann kann man bloß den Kopf schütteln, dann kann man nur sagen: Das ist ein politischer Brei, sonst nichts!

Meine Damen und Herren! Wir Nationalsozialisten beteiligen uns an dieser Wahl nicht. Wir haben deshalb den Antrag eingebracht, die Geschäftsordnung, die längst veraltet ist, zu erneuern. Meine Herren! Sie haben sich wohl vorgestellt, der Provinziallandtag sei so eine Art Versorgungsanstalt für die Geldgeber

der politischen Parteien. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Daran denken wir nicht. Wenn die Demokratie hier schon irgend etwas hereinbringt, verlangen wir absolut, daß sie auch geachtet wird.

Zu den Wahlen zum Staatsrat waren bloß drei Unterschriften notwendig; zu den Wahlen hier sieben. Wir protestieren gegen die Wahl und werden, wenn es angängig ist, auch beim Staatsgerichtshof Protest einlegen. (Große Unruhe; Klatschen bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Wir lehnen es ab, zu den Ausführungen des Herrn Dr. Ley sachlich irgendwie Stellung zu nehmen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Das können Sie auch gar nicht!) Aber ich glaube doch, es wird von allgemeinem Interesse sein, wenn ich Ihnen mitteile, daß ich vor zehn Tagen in meinem Büro in Barmen den Besuch des Herrn Dr. Ley, ohne daß ich ihn gerufen hätte, empfangen habe. (Hört, hört! links. Große Unruhe.) Herr Dr. Ley hat bei mir den Eindruck hinterlassen, daß er nicht abgeneigt war, in eine derartige Wahlgemeinschaft einzutreten, wenn von unserer Seite irgendeine Aufforderung nach dieser Richtung hin ergangen wäre, die aber unterblieben ist. (Lebhaftes Hört, hört!)

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren! Was Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld...

Vorsitzender Dr. Farres (unterbrechend): Herr Abgeordneter, zunächst hat Herr Dunder das Wort. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley (zu den Kommunisten): Mit Euch werde ich schon fertig! Antwortrufe: O leih, solange Du leihen kannst! Hol Dir Deine Windjacke wieder! Gegenrufe der Nationalsozialisten. Zuruf eines Kommunisten: Paß op, Du verlierst den Blinddarm!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder. Ich bitte um Ruhe. (Weiterer Lärm bei den Nationalsozialisten und Kommunisten.)

Abgeordneter Dunder: „Jedoch es will mir schier bedünken, als ob sie alle beide stinken.“ (Heiterkeit.) Das hat Heinrich Heine einmal gesagt, als der Streit zwischen dem Rabbiner und dem Mönch um die Richtigkeit ihrer Auffassungen einsetzte. Wenn ich das vorausschicke, so meine ich damit die Nationalsozialisten und die gesamte bürgerliche Arbeits- oder Wahlgemeinschaft. Herr Ley stellt sich hier in Pose und wettert gegen seine eigenen Klassengenossen, gegen die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. (Abgeordneter Kohl: Sehr gut!) Derselbe Herr Ley weiß wahrscheinlich nicht, daß gestern im Westfälischen Provinziallandtag — vielleicht hat der betreffende Führer der Nationalsozialisten dort eine bessere Hintertür bei dem Vertreter der Deutschnationalen gefunden als Herr Ley bei Herrn Wesenfeld — die National-

sozialistische Partei eine Wahlgemeinschaft mit allen bürgerlichen Fraktionen einschließlich des Zentrums, ohne Sozialdemokraten und Demokraten, gebildet hat. (Lebhafte Hört, hört! Zuruf des Abg. Haake: Und Ihr werdet an die Luft setzen!) Wir werden Euch noch bei Gelegenheit an die Luft setzen; wenn nicht die Polizeiminister Severing und Grzesinski Eure Schützer wären, dann hätten wir Euch schon weggeblasen wie die Spreu vor dem Winde. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wir haben zu der Provinzialauschufswahl dasselbe zu sagen wie zu allen übrigen Kommissionen. Wir haben ja bereits den Antrag eingebracht, die Kommissionen auf 21 Sitze zu erhöhen. Wir werden das auch durch unsere Freunde im Landtag bezüglich des Provinzialauschusses für die Rheinprovinz beantragen.

Aber ich will jetzt noch einmal kurz darauf eingehen, wie die bürgerlichen Fraktionen sich hierherstellen und ein gegenseitiges Theater aufführen (Abgeordneter Kohl: Sehr gut!), wie es gestern bereits geschehen ist, einmal durch die Fraktion der Oberchristen, d. h. der Christlichen Bauernpartei und des Christlichen Volksdienstes, zum andern durch die Wirtschaftspartei (Zuruf des Abgeordneten Haake: Die Wirtschaftspartei heißt das!), die da erklärten, daß sie zu dem Vorsitzenden des jetzigen Provinziallandtages kein Vertrauen haben. Sie bilden aber gemeinsam mit diesem Vorsitzenden, zu dem sie kein Vertrauen haben, eine Wahlgemeinschaft (Hört, hört! bei den Kommunisten), um dem Vertrauensunwürdigen und seinen Vertretern einen Sitz mehr im Provinzialauschuf zuzuschauzen, nur weil sie dadurch einen Sitz für sich erringen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: O schieb, so lang Du schieben kannst!) Die kommunistische Fraktion lehnt das ab. Sie koalitiert weder mit den Sozialdemokraten, noch mit sonstigen Parteien, auch dann nicht, wenn die kommunistische Fraktion keinen einzigen Sitz in diesem Provinzialauschuf erhalten würde. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Denn die Interessenvertretung der Arbeiterklasse liegt weder im Provinzialauschuf noch im Provinziallandtag, sondern die kommunistische Fraktion mobilisiert und aktiviert die Arbeiterschaft, um sie zum geschlossenen Kampf gegen die heutige Gesellschaftsordnung zu führen und diese zum Teufel zu jagen. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Ihr kriegt ja kein Wein auf die Erde!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren! Herr Dr. Wesenfeld hat eben etwas Richtiges gesagt. Natürlich war ich da. Im Reichsausschuf für das Volksbegehren saß auch unser Führer Hitler neben dem Führer der Deutschnationalen. Ist es da eine Schande, daß ich an die Deutschnationalen

herantrete? (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Schacher ist doch jüdisch!) Wenn Sie das als ein politisches Umfallen darstellen wollen, dann allerdings, Herr Dr. Wesenfeld, kennen Sie scheinbar die Geschichte Ihrer eigenen Partei nicht. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Selbstverständlich wollte ich versuchen, mit den Parteien, die uns vielleicht weltanschaulich in manchen Dingen nahestehen, trotzdem sie die sozialistische Frage nicht verstehen, in dieser Sache zusammenzugehen. Wir wären bereit gewesen, mit den christlichen Bauern, dem Volksdienst und den Deutschnationalen eine solche Stimmengemeinschaft einzugehen. Aber niemals wären wir zusammengegangen mit den Demokraten oder mit irgendeiner anderen Partei dieses Breies. Wenn Sie darin irgendeinen Umfall sehen wollen, dann scheinen Sie allerdings die politischen Verhältnisse nicht zu kennen. Jedenfalls wird sich Ihr Parteiführer Hugenberg über diese Koalition im Rheinischen Provinziallandtag freuen. (Klatschen bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten Renner: Wie war es denn gestern in Münster im Westfälischen Provinziallandtag?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich habe mitzuteilen, daß der Wahlvorstand die drei eingegangenen Wahlvorschläge mit dem Kennwort „Einheitsliste Wesenfeld“, dem Kennwort „SPD.“ und dem Kennwort „Kommunistische Partei“ geprüft hat. Er hat sie für frei- und formgerecht gehalten, auch die Unterlagen vorgefunden, die notwendig sind, und deshalb beschlossen, alle drei Wahlvorschläge zuzulassen.

Wir kommen nunmehr zur Wahl. Ich bitte jetzt Ihre Stimmzettel im Umschlage mir abzugeben.

Abgeordneter Haack vollzieht den Namensaufruf. (Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Sind noch Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. (Es meldet sich noch Herr Abgeordneter Junker.) Jetzt ist es zu spät. (Zurufe: Die Wahlhandlung ist geschlossen! Erledigt!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Mönning.

Abgeordneter Dr. Mönning: Ich beantrage eine Pause von ungefähr einer halben Stunde zur Feststellung des Wahlergebnisses, damit dann die Verhandlungen weitergehen können.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben den Antrag gehört. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen. Es ist jetzt 16 Uhr. Ich nehme an, daß wir in einer halben Stunde mit der Feststellung des Wahlergebnisses fertig sind. Ich setze deshalb die Verhandlungen aus und bitte, um 16 Uhr 30 Minuten pünktlich wieder hier zu erscheinen.

(Wiederbeginn 16 Uhr 55 Minuten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich mache namens des Wahlvorstandes das Ergebnis der drei Wahlen bekannt.

Bei den Wahlen zum Staatsrat sind 161 Stimmzettel abgegeben worden. Hiervon waren 160 Stimmzettel gültig, einer ungültig. Von den 160 gültigen Stimmzetteln entfielen auf den Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen Dr. Adenauer, 110 Stimmen, auf den Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen Eberle, 23, auf den Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen Bender, 21 Stimmen, auf den Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen Simon, 6 Stimmen. Der Wahlvorstand ist einig darin, daß danach gewählt worden sind die folgenden Persönlichkeiten, die ich gleich benennen werde. Da ich nun in der Sitzung von den anwesenden Gewählten gleichzeitig feststellen muß, ob sie die Wahl annehmen, so bitte ich, damit ich die Namen nicht doppelt zu verlesen brauche, bei der Bekanntgabe des Namens gleich durch „Ja“ zu sagen, ob die Wahl angenommen wird.

Von dem Wahlvorschlage, beginnend mit dem Namen Dr. Adenauer, sind gewählt als Mitglieder:

Dr. Adenauer (Ja!),
Dr. Wesenfeld (Ja!),
Strunk (Ja!),
Dr. Jarres (Ja!),
Pauli (nicht anwesend),
Dr. Stein (Ja!),
Dr. Mönning (Ja!),
Peter Klöckner (nicht anwesend),
Dr. Kaas (nicht anwesend),
Dr. Krupp von Böhlen-Halbach (nicht anwesend),
Wilh. Eifes (Zuwohl!);

als Stellvertreter:

Albert Servais (nicht anwesend),
Karl von Stedman (Ja!),
Franz Rothhäuser (nicht anwesend),
Carl Andres (Ja!),
Benedikt Heuser (Ja!),
Jakob Wisler (Ja!),
Heinrich Huystens (Ja!),
Josef Weber, Kray (nicht anwesend),
Georg Loenarz (Ja!),
Dr. Walter Hartmann (Ja!),
Ewald Weber, Gladbach (nicht anwesend).

Von dem Wahlvorschlage, beginnend mit dem Namen Eberle, als Mitglieder:

Karl Eberle (Ja!),
Jean Meerfeld (nicht anwesend);

als Stellvertreter:

Karl Böllig (nicht anwesend),
Jakob Quadt (nicht anwesend).

Von dem Wahlvorschlage, beginnend mit dem Namen Bender, als Mitglieder:

Paul Bender (nicht da),
Nikolaus Frisch (nicht da);

als Stellvertreter:

Arnold Dunder (Ja!),
Michael Sommer (nicht da).

Bei der Wahl des Vorsitzenden des Provinzialausschusses sind 150 Stimmzettel abgegeben worden. Von diesen waren 6 ungültig. Es blieben also 144 gültige Stimmen. Von diesen entfielen auf Dr. Adenauer 117 Stimmen, auf Dunder 21 Stimmen, auf Kelter 5 Stimmen und auf Dr. Ley 1 Stimme. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die hat er für sich selbst abgegeben! Heiterkeit.) Die absolute Mehrheit ist 76. Herr Dr. Adenauer ist also zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt. Ich darf ihn fragen, ob er die Wahl annimmt. (Abgeordneter Dr. Adenauer: Jawohl!) Herr Weber, Kray, nimmt die Wahl auch an.

Bei der Wahl zum Provinzialausschuß sind abgegeben worden 154 gültige Stimmzettel. Davon entfielen auf den Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Einheitsliste Wesenfeld“ 110 Stimmen, auf den Wahlvorschlag mit dem Kennwort „SPD.“ 23 Stimmen, auf den Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Kommunistische Partei“ 21 Stimmen. Es sind demnach gewählt — ich bitte auch hier die Mitglieder, soweit sie anwesend sind, zu erklären, ob sie die Wahl annehmen — als Mitglieder:

Paul Wesenfeld (Ja!),
Fritz Bollig (Ja!),
Dr. Silberberg (Ja!),
Johann Ernst (Ja!),
Jakob Wisler (Ja!),
Georg Loenarz (Ja!),
Dr. Schüler (Ja!),
Johann Sanders (Ja!),
Frau Anna Niediek (Ja!),
Christoph Steinmeyer (Ja!);

und als Stellvertreter:

Albert Kemmann (nicht anwesend),
Benedikt Heuser (Ja!),
Dr. Karl Hold (nicht da),
Wilhelm Daams (Ja!),
August Krüger (Ja!),
Heinrich Kemper (nicht da),
Karl Gerhard (Ja!),
Josef Horz (Ja!),
Nikolaus Jansen (Ja!),
Dr. Robert Lehr (Ja);

Von dem Wahlvorschlage mit dem Kennwort „SPD.“ als Mitglieder:

August Haas (Ja!),
Hans Steinbüchel (Ja!);

als Stellvertreter:

Emil Pikard (nicht anwesend),
Arthur Hauck (Ja!).

Aus dem Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Kommunistische Partei“ als Mitglied:

Arnold Dunder (Zal), und

als Stellvertreter:

Lehrerin Helene Otto (Zal).

Damit ist die Wahl zum Provinzialausschuß erledigt. Es ist nur noch der stellvertretende Vorsitzende zu wählen. Werden hier Vorschläge gemacht?

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Ich schlage zum stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses den Herrn Abgeordneten Haas vor und bitte, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen. (Abgeordneter Dr. Ley: Widerspruch! Wir denken nicht daran! Das könnte denen so passen!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Dr. Ley, Sie haben nicht das Wort, sondern Herr Abgeordneter Nohl.

Abgeordneter Nohl: Die kommunistische Fraktion muß die Wahl von Haas ablehnen, und zwar aus dem Grunde, weil er der typische Vertreter jener Scharfmacherguppe der Sozialfaschisten ist, die auch hier im Provinziallandtag in die Fußstapfen des kleinen Mussolini-Löbe treten will (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr richtig!), wie er es mehrfach im Ältestenausschuß betont hat. Wir schlagen deshalb den Herrn Abgeordneten Dunder vor. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Den wählen wir auch nicht!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Es sind vorgeschlagen die Herren Abgeordneten Haas und Dunder. Wahl durch Zuruf ist nicht möglich. Ich bitte also, die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen, und zwar auf weißen Zetteln.

Ich bitte den Herrn Haut, die Namen zu verlesen.

Abgeordneter Haut vollzieht den Namensaufruf. (Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Sind noch Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Ich bitte nunmehr Herrn Kollegen Eberle, den Vorsitz hier zu übernehmen. Als Schriftführer bitte ich die Herren Koenzgen und Andres. (Abgeordneter Andres ist nicht anwesend.) Ist Herr Dr. Diehgans da? (Zustimmung.) Darf ich Sie dann bitten, das Amt solange zu übernehmen? (Dieser Aufforderung wird entsprochen.)

Stellv. Vorsitzender Eberle: Wir kommen nun in der Fortsetzung des Punktes 3 der Tagesordnung zu dem Antrag, der in Verbindung mit den Wahlen zum Provinzialausschuß gestellt worden ist, dem Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Schaffung klarer gesetzlicher Bestimmungen zur Wahl des Provinzialausschusses. Der Herr Abgeordnete Haas hat mich ersucht, Ihnen mitzuteilen, daß eine kleine Aenderung seines Antrages, der Ihnen gedruckt zugegangen ist, vorge-

nommen werden soll. Am Ende der dritten Zeile sollen die Worte: „spricht aus, daß er auf dem Standpunkt steht“, gestrichen und dafür eingesetzt werden „wünscht“. Dann soll fortgefahren werden, wie es in der Drucksache heißt „daß möglichst bald klare gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, wonach alle zu wählenden Mitglieder des Provinzialausschusses nach dem Verhältniswahlssystem gewählt werden — das Wort „müssen“ soll gestrichen werden — und dann aus ihrer Mitte im Wege der Mehrheitswahl der Vorsitzende und dessen Stellvertreter.“ Wünscht hierzu jemand das Wort? Herr Abgeordneter Haas? (Abgeordneter Haas: Nein!)

Dann komme ich zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem so abgeänderten Antrage ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu Punkt 9 der Tagesordnung — dieser Punkt soll ja vorweggenommen werden —: Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Anträge. Dazu liegt folgender Antrag vor: Es wird beantragt, die neu eingegangenen Anträge der kommunistischen Fraktion sowie die Anträge Nummer 7 und 8 der Tagesordnung ohne Aussprache dem Provinzialausschuß zur weiteren Behandlung und die Anträge Nummer 4, 5 und 6 der Tagesordnung der Geschäftsordnungskommission zu überweisen.

Unterschrieben ist der Antrag von: Wesenfeld, Mönning, Haas. (Zuruf eines Kommunisten: Einheitsfront!)

Hierzu hat Herr Abgeordneter Nohl das Wort.

Abgeordneter Nohl: Wir sind der Auffassung, daß die Anträge, die wir eingereicht haben und die zur Ergänzung der vorliegenden Anträge bestimmt sind, hier vor dem Plenum besprochen werden müssen. Wir beantragen deswegen, daß unserm Antrage stattgegeben und die Debatte darüber eröffnet wird.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Der vorliegende Antrag von den Vertretern der drei Fraktionen: Zentrum, Arbeitsgemeinschaft und SPD. geht dahin, dem Provinzialausschuß die Anträge und, soweit sie zur Geschäftsordnung gestellt sind, dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen, der ja den Auftrag hat, zwischen der jetzigen und der nächsten Tagung die Geschäftsordnung einer Durchsicht und Neubearbeitung zu unterziehen. Ich werde nun darüber abstimmen lassen. Wer dafür ist, daß dem Antrage der drei Fraktionen, die ich genannt habe, entsprochen wird, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Die Polizei-Infanterie ist wieder da!)

Damit sind die Punkte 4, 5, 6, 7 und 8 der Tagesordnung erledigt, ebenso Punkt 9. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Jetzt fehlt bloß noch, daß wir Euch alle erledigen! Antwort des Abgeordneten Gerlach:

Das soll aber schwer fallen! Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das Ergebnis der Wahl steht noch aus!

Ich glaube, es ist richtig, jetzt die Sitzung zu unterbrechen, weil das Ergebnis der Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden des Provinzialausschusses noch nicht feststeht. Ich vertage deshalb den Provinziallandtag um eine Viertelstunde bis 17 Uhr 45 Minuten. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Die ganze Arbeit besteht aus Baufen!)

Der Provinzialausschuß wird ersucht, jetzt sofort zusammenzutreten. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Wir können uns doch mittlerweile etwas unterhalten!)

(Wiederbeginn 17 Uhr 55 Minuten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Die Wiedereröffnung hat sich verzögert, weil der Provinzialausschuß noch zu einer wichtigen Sitzung zusammentreten mußte.

Ich gebe für den Wahlvorstand das Ergebnis der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses bekannt. Es sind 145 Stimmen abgegeben worden. Davon waren 19 ungültig. Von den gültigen 126 Stimmen hat Herr Abgeordneter Haas 105 Stimmen erhalten, Herr Abgeordneter Dunder 21. Herr Abgeordneter Haas ist damit zum stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt. (Abgeordneter Haas: Ja! Zuruf des Abgeordneten Haake: Da liegt der Hase im Pfeffer! Weiterer Zuruf: Er soll sich bei den Deutschnationalen bedanken!)

Wir sind am Schluß der Erörterung. Zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Kiegel das Wort erbeten.

Abgeordneter Kiegel: Wie ich erst nachträglich aus der Presse und aus der Unterhaltung mit anderen Abgeordneten erfahren habe, hat der Herr Abgeordnete Wesensfeld die Abgabe meiner Erklärung am gestrigen Tage dazu benutzt, um auf eine vom Landgericht Duisburg gegen mich verhängte Gefängnisstrafe in Höhe von sechs Wochen wegen Beleidigung des Herrn Oberbürgermeisters Jarres hinzuweisen. Er hat damit versucht, meine Person, wie auch die Erklärung, die durch mich abgegeben wurde, in ihrer Wirkung zu beeinträchtigen.

Ich habe demgegenüber festzustellen, daß dieses Urteil noch nicht rechtskräftig ist (Hört, hört! bei den Kommunisten), sondern daß gegen dieses Urteil Revision angemeldet worden ist und daß eine Entscheidung bisher nicht vorliegt. Wenn Herr Abgeordneter Wesensfeld die letzte Entscheidung vorwegnimmt, so bekundet er damit nur sein Vertrauen zu der Justiz dieser kapitalistischen Republik. Wir sind stolz darauf, als Kommunisten von diesen Gerichten der Klassenjustiz verurteilt zu werden. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir fühlen uns eins mit den Brüdern, die auf Grund ihrer politischen Einstellung noch heute

in den Gefängnissen und Zuchthäusern dieser Republik sitzen. (Bravo! bei den Kommunisten.) Sie mögen davon überzeugt sein, daß jedes dieser Klassenurteile ein Schritt zu dem Tage ist, an dem die Arbeiterklasse recht sprechen wird, und dann wird sie bolschewistisch entscheiden. (Händeklatschen bei den Kommunisten. Zuruf: Der Verleumder ist gebrandmarkt!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich darf wiederholt darauf aufmerksam machen, daß es den parlamentarischen Gepflogenheiten und auch dem Brauch dieses Hauses nicht entspricht, Beifallskundgebungen durch Klatschen vorzunehmen. (Widerspruch bei den Kommunisten.)

(Herr Abgeordneter Haake meldet sich zum Wort.)

Darf ich fragen, wozu Sie das Wort haben wollen? (Zuruf: Der will den Schluß vertagen? Abgeordneter Haake gibt dem Vorsitzenden Auskunft.)

Herr Abgeordneter Haake will eine Anfrage an den Herrn Oberpräsidenten und den Herrn Landeshauptmann richten. Ich kann eine solche Anfrage nicht ohne weiteres zulassen; ich muß erst wissen, worum es sich handelt. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Schriftlich einreichen! Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Im Parlament herrscht allmählich eine Zensur!) Herr Abgeordneter Haake möchte an den Herrn Oberpräsidenten und den Herrn Landeshauptmann eine Anfrage wegen der Anwesenheit von Vertretern bei dem Jubiläum der Firma Tieß richten. Dazu kann ich ihm unmöglich hier im Provinziallandtage das Wort geben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Aha, weil Ihr den Mittelstand schützt, deshalb seid Ihr für das Warenhaus!) Herr Ley, darf ich Sie bitten, sich auf Ihren Platz zu begeben, Sie haben nicht das Wort. (Abgeordneter Dr. Ley macht weitere Zurufe.) Herr Dr. Ley, ich rufe Sie zur Ordnung! (Erneuter Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Festessen bei Herrn Horion und Festessen bei der Firma Tieß!) Herr Abgeordneter Dr. Ley, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung!

Die Erörterung ist geschlossen. Ich frage, ob das Wort sonst noch gewünscht wird.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Wir Nationalsozialisten wehren uns dagegen, daß uns hier von dem Präsidium das Wort zu dieser Anfrage nicht gegeben wird. Wir sehen gar keinen Grund ein, warum diese Anfrage nicht von dieser Stelle aus an die Herren gerichtet werden soll und darf. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Weil es nicht auf der Tagesordnung steht!) Der Provinziallandtag ist doch der geeignete Ort, derartige Anfragen an die Vertreter der Beamtenschaft der Rheinprovinz zu richten. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut!) Wir Nationalsozialisten wehren uns dagegen, wenn Sie versuchen, hier dieselben Zuchthausmethoden einzuführen, wie sie die Regierungskoalition in Preußen und

im Reich gegen uns Nationalsozialisten zur Anwendung bringt. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr gut! Schluß-Ruf des Abgeordneten Gerlach.) Wenn Sie den Kampf haben wollen, dann erklären wir Nationalsozialisten Ihnen, daß wir uns hier in diesem Parlament in der allerschärfsten Obstruktion schon durchsetzen werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Haake, das Letzte gehörte nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Haake: Aber wir nehmen an, daß Sie das interessieren wird. Wir Nationalsozialisten verlangen, daß uns jetzt das Wort gegeben wird oder eine Begründung dafür, weshalb man uns zu dieser

Anfrage das Wort nicht geben will. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Weil es nicht auf der Tagesordnung steht!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich erteile Ihnen das Wort dazu nicht.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Verhandlungen sind damit geschlossen. Ich zeige dem Herrn Oberpräsidenten als Staatskommissar dieses an.

Oberpräsident Dr. Fuchs: Namens der preussischen Staatsregierung darf ich Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, für die während des zweitägigen harten Ringens geleistete Arbeit aufrichtig danken und den Provinziallandtag schließen.

(Schluß 18 Uhr 5 Minuten.)